

PLENUM aktuell

**Initiativen und Positionen der
CDU-Landtagsfraktion
Plenarsitzung vom 14. September 2011
und 15. September 2011**

Aktuelle Stunde / Potentiale der Windkraft im Wald

Die Landesregierung hat angekündigt, den Bau von Windkraftanlagen in rheinland-pfälzischen Wäldern voranzutreiben. Mindestens zwei Prozent der Waldfläche des Landes sollen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen werden. Besonders sensible Waldflächen sollen nicht genutzt werden.

In welchem Ausmaß, unter welchen Bedingungen und aufgrund welcher Verfahren die Windkraftnutzung im Wald zu diesem Ziel beitragen soll, ist nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion bisher nicht ausreichend geklärt. Die Energiewende in Rheinland-Pfalz muss mit Augenmaß und klarer Planung geschehen. Transparenz, Verlässlichkeit, Dialoge und ein breiter Konsens sind Grundvoraussetzungen für ihr Gelingen. Das gilt auch und insbesondere für die Windkraftnutzung im Wald. Hier kommt es auf einen nachhaltigen Ausbau, nicht nur auf Wachstum an sich an. Das haben die Erfahrungen mit der Windenergienutzung bisher gezeigt. Die CDU-Fraktion kritisiert die insoweit fehlenden Konzeptionen der Landesregierung.

Aktuelle Stunde B 10

Die B 10 soll bis Landau vierstreifig ausgebaut werden. Im Raum Landau verzögert sich seit Jahren die Planung, da es hier Widerstände gibt. Ein Mediationsverfahren durch den Ministerpräsidenten endete ohne Ergebnis. Die rot-grüne Landesregierung will ein erneutes Mediationsverfahren durchführen und bringt dabei die Variante eines dreistreifigen Ausbaues in die Debatte, was der

Bund und die Region Westpfalz parteiübergreifend strikt ablehnen. Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung zu einem klaren Votum für den vierstreifigen Ausbau aufgefordert, dass auch gegenüber Widerständen zu vertreten ist. Dies lehnt die Landesregierung ab. Die CDU-Fraktion stellt fest, dass die Landesregierung die Westpfalz mit ihren Strukturproblemen bei einem entscheidenden Zukunftsprojekt allein lässt.

Erstes Dienstrechtsänderungsgesetz

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine Deckelung der Besoldungsanpassungen der nächsten fünf Jahre für Beamte auf jeweils 1 Prozent vor. Darüber hinaus gibt es weitere Leistungseinschränkungen für die Beamten des Landes als Teil von Sanierungsmaßnahmen für den Landeshaushalt.

Die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit der Haushaltssanierung seit vielen Jahren und hat immer Einsparungsvorschläge gemacht. Die Deckelung der Besoldungsanpassungen stößt jedoch auf rechtliche Probleme. Sie droht auch, die Beamteneinkommen von denen der Angestellten des Landesdienstes und der Gesamtwirtschaft deutlich abzukoppeln. Deshalb kann eine Festlegung auf fünf Jahre nicht mitgetragen werden. Die Besoldungstarife müssen jeweils mit Blick auf die Entwicklung der Einkommen im Land und die aktuelle Haushaltslage bemessen werden.

Der Entwurf wird nun in den Ausschüssen beraten.

Liquiditätspool

Die CDU-Fraktion hatte nach schwerwiegender Kritik des Rechnungshofes am Umgang mit dem Liquiditätspool des Landes beantragt, dass für diesen klare Nutzungsbestimmungen erlassen werden, die eine Verschuldung des Pools selbst und seinen Missbrauch als Finanzierungsinstrument für alles Mögliche verhindern. Regierung und Regierungsfractionen behaupteten, dass es solcher Regeln nicht bedürfe und lehnten den

Antrag ab. Die CDU-Fraktion wird den Liquiditätspool zum Gegenstand regelmäßiger parlamentarischer Kontrolle machen.

Aktuelle Debatte um die Justizstrukturreform

In der Debatte um die rot-grüne Justizreform hat die Landesregierung Fehler eingestanden – dies allerdings wiederum nur bezogen auf eine fehlerhafte Kommunikation. Die CDU-Fraktion befürchtet jedoch, dass die Landesregierung nach wie vor taktieren will. Wir haben Zweifel, ob die eingesetzte Expertenkommission Vorschläge für eine Justizstrukturreform tatsächlich ergebnisoffen prüfen darf. Im Einzelnen:

Warum hakt es noch immer bei der Besetzung der vakanten OLG-Präsidentenstelle? Diese soll nun wahrscheinlich erst im November erfolgen. Nach Ankündigungen von SPD-Fraktion und Partei war damit zunächst wesentlich früher zu rechnen gewesen. Anscheinend wurde bundesweit noch nach einem genehmeren Kandidaten gesucht. Wird hier also noch taktiert? Die CDU-Fraktion hat diese offenen Punkte inzwischen mit neuen Kleinen Anfragen hinterfragt.

Die CDU-Fraktion hat mit ihrem Minderheitenrecht durchgesetzt, dass sich demnächst der Rechtsausschuss in einer Expertenanhörung mit dem Thema befasst. Dieser Vorschlag ist in der rheinland-pfälzischen Justiz auf große Zustimmung gestoßen. Dabei soll vor allem auch der Sachverstand aus der Justiz selbst einfließen. Nur so wird die notwendige breite Einbeziehung der Justiz erreicht. Zugleich wird das Anhörverfahren die Möglichkeit bieten, jene Bereiche durch Sachverständige zu beleuchten, in denen die Landesregierung bislang keine oder nur unvollständige Antworten gegeben hat. Denn letztlich wird das Parlament auch die Entscheidung über eine Fusion der Oberlandesgerichte und der Staatsanwaltschaften sowie über die Schließung eines Standortes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit treffen müssen. In dieser Funktion als Letztentscheider muss sich das Parlament frühzeitig, umfassend

und ergebnisoffen mit der Thematik beschäftigen. Insofern ist eine Anhörung im Rechtsausschuss zwingend geboten.

Rot-Grün lehnt dagegen eine Anhörung im Parlament ab; dies könne die Arbeit der von der Landesregierung eingesetzten Expertenkommission beeinträchtigen. Das Gegenteil ist der Fall: Der Gewinn neuer Erkenntnisse kann auch der Arbeit der Expertenkommission nur nützlich sein. Also auch hier: Taktieren bei Rot-Grün, um Zeit zu gewinnen?

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

SPD und Grüne sprachen sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus, begrüßten die bisherigen Initiativen der Landesregierung und forderten die Landesregierung auf, sich weiterhin für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns einzusetzen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat dem Antrag nicht zugestimmt. Damit verbunden war keine Entscheidung für oder gegen einen Mindestlohn. Der Antrag der Regierungsfaktionen war schon deshalb nicht zustimmungsfähig, weil darin das Landestariftreuegesetz begrüßt wurde, das die CDU-Landtagsfraktion in der parlamentarischen Beratung abgelehnt hat. Außerdem waren die Regierungsfaktionen nicht bereit, sich davon zu distanzieren, dass 2012 bis 2016 nicht die jeweiligen Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Landesarbeitnehmer auf die Beamten, Pensionäre und Hinterbliebenen übertragen werden. Ebenso wenig waren sie bereit, sich gegen Niedriglöhne unter dem von ihnen selbst geforderten Mindestlohn im Landesdienst auszusprechen.

Entscheidungen über die Haltung der CDU stehen auf dem Landesparteitag der CDU im November und auf dem Bundesparteitag im Dezember an. Bis dahin soll ein offener Diskussionsprozess ohne einseitige Parteinahme stattfinden. Die CDU-Fraktion stimmte deshalb gegen den Antrag, aber nicht gegen den Mindestlohn. Bei dem rot-grünen Antrag ging es zudem nicht um den Mindestlohn,

sondern um taktische Spielchen, die der Sache nicht dienen.

Für eine verlässliche Einstellungspolitik im rheinland-pfälzischen Schuldienst / Antrag der Fraktion der CDU

Hintergrund: Seit Jahren werden tausende von gut ausgebildeten Fachlehrer über Jahre in Kurzzeitverträgen angestellt, ohne, dass sie eine verlässliche Perspektive erhalten. Ihre Verträge werden innerhalb weniger Monate gekürzt, was zu realen Einkommenseinbußen führt. Zudem ist es diesen Lehrkräften nicht möglich, längerfristig zu planen. Ihr zeitlicher Horizont reicht immer nur wenige Wochen bzw. Monate weit. Viele dieser Lehrkräfte sind bis zu zehn Jahren in einem solchen Anstellungs-Verhältnis.

Lehrkräfte ohne geeignete Ausbildung, die zur Aufnahme in den Vorbereitungsdienst oder das Seiten- und Quereinsteigerprogramm befähigen würde, sind bisher schon über Jahre im Schuldienst beschäftigt, ohne die Gelegenheit zu erhalten, sich geeignet fortzubilden. Nach Vertragsende stehen sie zumeist ohne berufliche Perspektive da.

Die CDU-Landtagsfraktion schlägt deshalb vor, die Kurzzeitverträge in reguläre Planstellen umzuwandeln. Damit kann jeder Schule ein selbstbewirtschafteter Stundenpool zur Regulierung von Vertretungsfällen zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollen Lehrkräfte, die bisher schon im Schuldienst tätig sind und über unzureichende Qualifikationen verfügen, die Möglichkeit erhalten, sich fortzubilden, so dass die Lehrkompetenz steigt und sich ihre beruflichen Aussichten auch außerhalb des Schuldienstes verbessern.

SPD und Grüne verteidigten die prekären Vertretungsverträge und sahen keine Notwendigkeit über das Thema im Ausschuss für Bildung des Landtages vertieft über die Sachlage zu beraten. Sie lehnten deshalb den Antrag mit ihrer Mehrheit ab.

Kommunale Energiewende

Zur Debatte standen Anträge von SPD/Die Grünen und der CDU. Thema war die Stärkung der Rolle der kommunalen Versorgungswerke im Zuge der Energiewende mit dem Aufbau dezentraler Stromerzeugung. Der Antrag der Regierungsfractionen enthielt allgemeine Anforderungen an die Landesregierung zur Stärkung der kommunalen Rolle und wie immer zwei Seiten undifferenziertes Lob für die Landesregierung. Der CDU-Antrag enthielt sehr konkrete Forderungen zur rechtlichen Stärkung der Kommunen und zum Interessenausgleich unter den Kommunen sowie zur Kooperation der Kommunen.

Die Regierungsfractionen lehnten eine Beratung in den Ausschüssen ab und damit jeden Ansatz, zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen. Ein deutliches Zeichen, dass Zusammenarbeit bei der Energiewende wohl nicht erwünscht ist.

Hochmoselübergang

Die CDU-Fraktion hat in einem Antrag den weiteren Bau des Hochmoselübergangs ohne jede Zeitverzögerung gefordert. Hintergrund sind angestrenzte Versuche der Bürgerinitiativen, mit Druck auf die Grünen eine Korrektur der offiziellen Regierungslinie zu erreichen. Die Regierungsfractionen haben den Antrag der CDU nicht unterstützt, sondern stattdessen einen unverbindlichen eigenen Antrag eingebracht. Ein klares Wort der Regierungsfractionen zum Hochmoselübergang hat es somit nicht gegeben. Der Druck muss aufrecht erhalten werden.